



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN August 2006

+++ Inhalt: Erfolg über Bagger, S.1 +++ Landschaftsgesetznovelle, S.3 +++ Flugplatzzerweiterung Bielefeld, S.3 +++ Schirmherrin für Grünen Wall, S.4 +++ Prämierte Zukunftsscouts, S.5 +++ Kein Gen-Mais auf unsere Äcker, S.6 +++ Flächenverbrauch und Artenschutz, S.7 +++ Lauf der Kontraste, S.8 +++

Braunkohletagebau Garzweiler vor Gericht: Bürgerrechte werden gestärkt

Historische Wende im Bagger-Streit

Seit nunmehr fast zwanzig Jahren kämpft der BUND gegen den ebenso überflüssigen, wie umweltschädlichen und sozial unverträglichen Braunkohletagebau Garzweiler II. Zwar gingen auf dem langen Rechtsweg etliche Klagen verloren, doch nun haben wir gemeinsam mit einem Privatkäufer einen in seiner Dimension historisch anmutenden Erfolg errungen: Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hob das Rahmenbetriebsplan-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster auf und stärkte die Bürgerrechte gegen Braunkohlebagger.

Mit dem Urteil vom 29. Juni 2006 sind die Bundesrichter der Argumentation von BUND und Privatkäufer gefolgt, wonach der Schutz der Grundrechte der von Tagebauen Betroffenen es verlangt, dass deren Belange bereits bei der Betriebsplanzulassung berücksichtigt werden und nicht erst im späteren Enteignungsverfahren, wenn der Bagger buchstäblich vor der Haustür steht. Denn dann ist es längst zu spät: Die Nachbarn sind umgesiedelt, der Ort existiert nicht mehr, die Landschaft ist verwüstet. „Unzumutbar und rechtswidrig“ urteilte jetzt das Bundesverwaltungsgericht. Fortan müssen die Anwohnerinteressen bereits bei der Entscheidung über die bergrechtliche Zulassung eines Tagebaus berücksichtigt werden.

Für den Frankfurter Rechtsanwalt Dirk Teßmer, der BUND und Privatkäufer in den Braunkohleverfahren vertritt, ist das Urteil „ein das Bergrecht revolutionierender Meilenstein von bundesweiter Bedeutung“. Hätte dieses früher erstritten werden können, wären vermutlich viele vom Tagebau verschluckte Ortschaften zu retten gewesen.

Neuer Auftrieb für Tagebaueegner

Das Urteil ist eine schwere Niederlage für die Bergbehörden und die RWE Power AG. Die sonst demonstrativ von deren Vertretern an den Tag gelegte Überheblichkeit schwand während der mündlichen Verhandlung in Leipzig schlagartig. Sichtlich schockiert verließen sie das Bundesverwaltungsgericht. Die Tagebaueegner in Ost und West schöpfen jetzt jedoch neue Hoffnung. Zwar kann der Tagebau Garzweiler vorerst weiter geführt werden. Allerdings muss jetzt das Oberverwaltungsgericht Münster erneut über die Rahmenbetriebsplanzulassung entscheiden. Damit besteht Hoffnung,



Freuen sich über den Erfolg vor dem BVerwG (v.l.n.r.): Klaus Brunsmeier (BUND-Landesvorsitzender), RA Dirk Teßmer, Kläger Stephan Pütz, Dorothea Schubert (AK Braunkohle) und Dirk Jansen (BUND-Geschäftsleiter).

Fotos/Montage:
G. Brunsmeier, D. Jansen

dass die Verwaltungsrichter nunmehr im Sinne der 7.600 Betroffenen entscheiden und die Weiterführung von Garzweiler II stoppen.

BUND-Zwangsent eignung noch nicht entschieden

Auch die Entscheidung über die geplante Zwangsent eignung des BUND ist noch nicht zugunsten des Bergbaus entschieden. Zwar wies des Verwaltungsgericht Düsseldorf am 6. Juni 2006 die Klage gegen den Grundabtretungsbeschluss ab, der BUND wird aber Berufung einlegen und im Zweifel den Rechtsweg bis hin zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beschreiten.

In der mündlichen Verhandlung hatten die Düsseldorfer Richter bestätigt, dass die Gewinnung der unter der BUND-Obstwiese gelegenen Kohle allein keine Enteignung rechtfertigen würde. Allerdings sei die Garzweiler-Kohle zur Versorgungssicherheit notwendig, die Grundabtretung deshalb rechters. Diese abstruse Argumentation kann der BUND nicht nachvollziehen. Hätte sie rechtlich Bestand, würde damit ein „Totschlagargument“ zur Missachtung aller dem Tagebauvorhaben entgegen stehender Belange des Allgemeinwohls geliefert.

Antiquiertes Bergrecht

Letztendlich sind diese Urteile - ebenso wie das nach begründungsloser Abweisung der BUND-Verfassungsbeschwerde gegen die Rahmenbetriebsplanzulassung zur Fortführung des Tagebaus Hambach rechtskräftige Hambach-Urteil - aber der schlagende Nachweis, wie überfällig die Novellierung der Bundesberggesetzes ist. Dieses „Bergbauvorrangrecht“ steht in Tradition des Preußischen Bergrechts von 1865 und räumt weder den Bergbaubetroffenen noch der Umwelt angemessene Rechte gegenüber den rein privatwirtschaftlichen Bergbauinteressen ein. Der BUND hat deshalb eine politische Initiative zur zeitgemäßen Novellierung des Bergrechts



gestartet. Unterstützung findet der BUND bei den Bündnisgrünen in Bund und Land. Sowohl die grüne Bundestagsfraktion als auch deren Düsseldorfer KollegInnen machten sich angesichts des Bundesverwaltungsgerichtsurteils für eine bürgernahe Neuausrichtung bergrechtlicher Bestimmungen stark.

Unterdessen versucht die RWE Power AG, Fakten zu schaffen. Mitte Juni wurde offiziell der neue Tagebau Garzweiler II in Angriff genommen, Otzenrath, Spenrath und Holz wurden weitgehend zerstört. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/braunkohle

Aktionsbündnis „Zukunft statt Braunkohle“ gegründet

Ende 2005 haben sich die großen deutschen Umweltverbände zu dem neuen Aktionsbündnis „Zukunft statt Braunkohle“ zusammen geschlossen. Als erste gemeinsame Aktion veranstaltet das Bündnis am 23. September '06 in Pulheim unter Mitwirkung vieler Prominenter das gleichnamige Bürgerforum. Der Eintritt ist kostenlos. Flyer und Plakate können bei Dirk Jansen in der BUND-Landesgeschäftsstelle (Tel.: 0211 / 30 200 5-22, dirk.jansen@bund.net) geordert werden. Alle Infos auch unter www.zukunft-statt-braunkohle.de.

„Generalangriff auf Natur und Landschaft in NRW“

Als „Generalangriff auf Natur und Landschaft und Rückschritt auf dem Weg zu einem lebenswerteren Nordrhein-Westfalen“ werten die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU den Anfang Juli von Umweltminister Eckhard Uhlenberg vorgelegten Entwurf zur Novellierung des Landschaftsgesetzes. Damit drohen die in der Vergangenheit mühsam erzielten, kleinen Fortschritte zum Schutz und der Entwicklung einer intakten Kulturlandschaft in NRW handstreichartig in Frage gestellt zu werden. Sehenden Auges nimmt die Landesregierung dabei sogar Verstöße gegen höher-rangige Rechtsvorschriften wie das EU- und Bundesrecht in Kauf.

Auch wenn Umweltminister Uhlenberg betont, Umweltstandards seien nicht gefährdet, ist genau dies der Fall. Der Gesetzentwurf sieht im Kern vor:

- ▶ Die Aufweichung der bisherigen Verpflichtung zur Einrichtung eines Biotopverbundsystems auf mindestens 10 % der Landesfläche;
- ▶ die weitere Entwertung der so genannten Eingriffsregelung, wonach nicht vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ausgeglichen werden müssen;
- ▶ die massive Beschneidung der Mitwirkungs- und Klagerechte der Naturschutzverbände („Verbandsklage“);
- ▶ die Schwächung der Position der zur unabhängigen Vertretung der Belange von Natur und Landschaft verpflichteten Beiräte und
- ▶ die Einschränkung des Schutzes seltener Biotoptypen gemäß § 62 LG NW und die Einführung eines Vorrangs des Baurechts.

Dabei, so der BUND-Landesvorsitzende Klaus Brunsmeier, argumentiert Minister Uhlenberg rein ideologisch: „Anstatt die Standortvorteile einer intakten Kulturlandschaft und die positiven Effekte des Naturschutzes für die Regionalentwicklung zu würdigen, wird dieser als vermeintliches Hemmnis für den Standort Nordrhein-Westfalen diskreditiert.“

Auch bleiben die anerkannten Vorteile einer umfassenden Verbändebeteiligung im Hinblick auf Konfliktminimierung, Akzeptanz und Planungssicherheit unberücksichtigt. Durch die geplanten Änderungen der Verbändebeteiligung wird die eingespielte Rechtspraxis zerschlagen, was letztendlich zu einer Erhöhung des Verwaltungsaufwandes und längeren Genehmigungsverfahren führt. Die Reduzierung der Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten verstößt dabei schon jetzt erkennbar gegen europäisches Recht und

wird damit noch nicht einmal dem von der Landesregierung formulierten Anspruch einer 1:1-Umsetzung gerecht.

Fazit des BUND-Landeschefs Klaus Brunsmeier: „Mit diesem Gesetzentwurf hat sich Uhlenberg von seinem Job als Umwelt- und Naturschutzminister verabschiedet. Nordrhein-Westfalen würde bei Realisierung des Vorhabens ein Stück weniger lebenswert.“ Durch die de facto geplante Einführung eines „Rechts auf Bebauung und Betonierung“ opfere Uhlenberg die letzten Naturschönheiten Nordrhein-Westfalens.

Gemeinsam mit den anderen großen NRW-Naturschutzverbänden wird der BUND im parlamentarischen Verfahren jetzt alles daran setzen, den Gesetzentwurf im Sinne von Natur und Umwelt zu modifizieren. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz



Vorfahrt für die Bagger: Wie hier am Flughafen Windelsbleiche droht die Natur landesweit unter die Schaufel zu geraten. Foto: Ch.Weische

Flugplatz „Windelsbleiche“, Bielefeld

Naturzerstörung durch Flugplatzzerweiterung

Der Natur in Nordrhein-Westfalen stehen harte Zeiten bevor. Während die Landesregierung den rechtlichen Rahmen für ein Weniger an Naturschutz vorbereitet, werden vor Ort bereits negative Fakten geschaffen. Ein Beispiel hierfür ist die Genehmigung der Asphaltierung einer neuen Rollbahn am Flughafen Windelsbleiche in Bielefeld - ausgerechnet auf einem seltenen und daher gesetzlich geschützten Biotop.

Die Bezirksregierung Detmold hatte den Ausbau genehmigt, obwohl die untere Landschaftsbehörde aufgrund massiver naturschutzrechtlicher Bedenken in einer fundierten und ausführlichen Begründung dem Flugplatzbetreiber die Asphaltierung versagt hatte. Diese Bedenken wurden allerdings von der FDP-Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl bei-

seite gefegt und eine Ausnahmegenehmigung vom Biotopschutz nach §62 Landschaftsgesetz erteilt. Direkt nach Erteilung der Genehmigung an einem Freitagmorgen wurde begonnen, den eigentlich geschützten Magerrasen zu beseitigen.

Die BUND-Aktiven Prof. Roland Sossinka und Bernd Meier-Lammering erfuhren allerdings erst nachmittags von der Entscheidung, zu spät, um den Eingriff zu verhindern. Am Samstag war dann bereits der größte Teil der Magerrasenfläche abgebaggert. Dieses dubiose Vorgehen lässt vermuten, dass Flughafenbetreiber und Bezirksregierung Hand in Hand spielten, um möglichst vollendete Tatsachen zu schaffen.

Trotz zum Teil vollendeter Tatsachen entschied sich der BUND-Landesverband mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für die Natur Ravensberg zu einer Anfechtungsklage, da Magerrasen eine hohe Regenerationsfähigkeit besitzen und bei Wiedereinbringung des Bodens der ursprünglichen Zustand in wenigen Jahren hätte wieder hergestellt werden können.

Zunächst konnte mit Anordnung eines sofortigen Baustopps ein Erfolg vor Gericht errungen werden.

Doch letztlich konnte der Magerrasen nicht gerettet werden, da das Verwaltungsgericht Minden den Eilantrag des BUND abwies. Der Widerspruchsbescheid der Bezirksregierung sei formell rechtens gewesen, da die Bezirksregierung innerhalb des durch das Landschaftsrecht gegebenen planerischen Ermessensspielraum gehandelt habe und der BUND im Anhörungsverfahren beteiligt worden sei.

Für den stellvertretenden BUND-Landesvorsitzenden Bernd Meier-Lammering ist es „erschreckend, wie hier der Ermessensspielraum der höheren Landschaftsbehörde, deren originäre Aufgabe der Schutz der Landschaft ist, zu Ungunsten der Natur ausfiel.“ Es habe sich mal wieder gezeigt, dass solange formal alles korrekt läuft, der BUND keine Chance hat, selbst gegen sachlich völlig fragwürdige Entscheidungen anzugehen.

Finanziell unterstützt wurde die Naturzerstörung im Übrigen durch eine sechsstellige Summe an Landeszuschüssen.

Bernd Meier-Lammering



Foto: E. Theves

Marie-Luise Marjan unterstützt den BUND

Grüner Wall hat prominente Schirmherrin

Das BUND-Projekt „Grüner Wall im Westen“ hat in der aus der Lindenstraße bekannten Schauspielerin Marie-Luise Marjan eine prominente Fürsprecherin gefunden. Bei einem gemeinsamen Ausflug nach Hellenthal in der Eifel zeigte sich Frau Marjan beeindruckt von der Artenvielfalt am ehemaligen Westwall und erklärte sich bereit, die Schirmherrschaft für das deutschlandweit beachtete Projekt zu übernehmen. „Die Natur braucht unseren Schutz. Lebensräume müssen zu unserer aller Freude erhalten und weiterentwickelt werden“, so Marjan. Als Dankeschön für ihr Engagement überreichte der stellvertretende Landes-

vorsitzende Paul Kröfges Frau Marjan eine „Grüner Wall Ehren-Urkunde“. Darüber hinaus erklärte sich Marie-Luise Marjan dazu bereit, im Herbst dieses Jahres eine gemeinsame Wanderung mit Projektleiter Sebastian Schöne sowie den „Grüner Wall Protektoren“ zu veranstalten. (sh)

Mehr Infos: www.gruenerwallimwesten.de

+++ kurz & wichtig +++

► **Wirtschaft fordert Nationalpark Egge:** Gegen die Absage der Landesregierung an den zweiten NRW-Nationalpark in Ostwestfalen machen nicht nur Naturschutzverbände mobil. Nun forderten auch die Industrie- und Handelskammern in Bielefeld und Detmold ein weiteres Großschutzgebiet. Ein Biosphärenreservat - wie von der Landesregierung präferiert - löse keine Image-fördernden Effekte aus und sei zur Ankurbelung des Tourismus zu wenig.

► **Land genehmigt Airport-Ausbau:** Anfang Juli genehmigte das Wirtschaftsministerium die Erweiterung des Flughafens Köln-Bonn. Mit der Entscheidung, das so genannte „Areal Nord“ als Fläche für den Luftverkehr im Regionalplan auszuweisen, erleiden die Bemühungen zum Schutz der einzigartigen Wahner Heide einen herben Rückschlag.

► **Neuer Atomreaktor in NRW?:** NRW-Innovationsminister Andreas Pinkwart (FDP) sorgte Ende Juni landauf-landab für Kopfschütteln. In einem Zeitungsinterview sprach er sich für den Bau eines neuen Kernreaktors in Jülich aus. Einen Tag später ruderte er zurück, blieb aber bei der Einschätzung, dass er den Atomausstiegsbeschluss für „fatal“ halte. Nicht nur die Jusos bezeichneten den Minister als „völlig durchgeknallt“.

► **Feinstaub-Aktionsplan für Garzweiler:** Die BUND-Aktivitäten zur Bekämpfung des Feinstaub-Problems bleiben erfolgreich. Nachdem wir die Installation weiterer Messstationen im Umfeld des Tagebaus Garzweiler erreicht hatten, wird nun auch unserer Forderung nach Aufstellung eines Feinstaub-Aktionsplans nachgekommen. Bis zum 9. Juli waren am Tagebau Garzweiler bereits 33 von insgesamt 35 pro Kalenderjahr zulässigen Überschreitungen des Tagesgrenzwerts registriert worden.

Rheinlandtaler für „Vater des Nationalparks“

Volker Hoffmann aus Dahlem – häufig und zu Recht als „Vater des Nationalparks Eifel“ bezeichnet – ist mit dem Rheinlandtaler geehrt worden. Corinna Beck, stellv. Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland überreichte die Auszeichnung Mitte Mai anlässlich einer Feierstunde in Nettersheim. Zahlreiche Amts- und Würdenträger waren gekommen, um Hoffmann ihre Referenz zu erweisen. Die Auszeichnung wird vom Landschaftsverband Rheinland verliehen. Der BUND-Beauftragte für den Nationalpark Eifel bekam sie laut Jury, weil er sich seit über 20 Jahren für Natur- und Landschaftsschutz engagiert. Die Idee für den Nationalpark Eifel stammt von Volker Hoffmann, und er verfolgte sie mit beispiellosem Einsatz bis zur erfolgreichen Realisierung. Glückwunsch!



Erfolgreiches Projekt der BUNDjugend / Auszeichnung für Umweltschützer-Nachwuchs Partytime – über 200 Jugendliche bei der Zukunftsscouts-Preisverleihung

Zukunftsscouts erforschen ihre Umwelt, decken Missstände auf und packen Probleme selbst an. Im Rahmen des von der BUNDjugend NRW mit Unterstützung des Umweltministeriums durchgeführten Wettbewerbs „Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!“ haben sich in diesem Wettbewerbsjahr rund 1.000 Jugendliche aktiv für den Natur- und Umweltschutz eingesetzt. Am 6. Juni kamen über 200 Zukunftsscouts zur Preisverleihung nach Soest und wurden für ihr Engagement ausgezeichnet.

Vor der offiziellen Preisübergabe wurde es schon spannend, als die Zukunftsscouts in dem Quiz „Wer wird Superscout!“ gegen den NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg antraten – und einen Landtagsbesuch in Düsseldorf für 50 Zukunftsscouts inklusive Plenarsitzung, Mittagessen und persönlichem Gespräch mit Minister Uhlenberg gewannen. In einer Pause konnten die Kids dann an einem Trommelworkshop teilnehmen, seiltanzen und jonglieren.

Die Spannung stieg weiter, als schließlich Minister Uhlenberg und Bernd Meier-Lammering, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND, die Preise übergaben. Insgesamt wurden 13 Haupt- und Sonderpreise sowie zahlreiche kleine Preise verliehen. Baumpatenschaften in Bottrop, die Gestaltung eines Naturlehrpfades für Blinde in Nettetal und der Einsatz zur Akzeptanz des Naturschutzgebietes „Wahner Heide“ brachten die ersten Plätze ein.



Um zu zeigen wo's langgeht, zogen die Zukunftsscouts nach der Preisverleihung mit selbstgemalten Bannern durch die Soester Innenstadt und präsentierten auf dem Marktplatz 1.000 gute Gründe ein Zukunftsscout zu sein und warum es wichtig ist sich für die Umwelt einzusetzen.

Julia Jörgensen

Nun heißt es mitmachen und Zukunftsscouts werden!

Wie das möglich ist, erfahrt ihr bei der BUNDjugend NRW, Julia Jörgensen, Postfach 1121, 59471 Soest, Tel.: 02921-33640, www.zukunftsscouts.de

Umweltminister Eckhard Uhlenberg ehrt die jungen Zukunftsscouts. Ob wohl die künftige Umweltministerin darunter ist? Foto: M. Bottin

Aktiv vor Ort gegen Gentechnik

BUND fordert: Kein Gen-Mais auf unsere Äcker!

Seit Anfang Mai sprießt an mehreren Orten in Nordrhein-Westfalen genmanipulierter Mais der Firma Monsanto, u.a. auf zwei Äckern in Werne (Kreis Unna) und Greven (Kreis Steinfurt). Der BUND hält diesen Anbau für ökologisch riskant, überflüssig und für die Bauern zudem auch wirtschaftlich unsinnig und setzte seinen Protest dagegen unmittelbar am Ackerrand fort.

So informierten die Kreisgruppe Unna und der Landesverband des BUND am 18. Juni in Werne mit Führungen und in Gesprächen über die dortige Freisetzung verschiedener Maissorten: Die Gentech-Pflanzen sind gegen das Herbizid ‚Round-up Ready‘ der Monsanto-Konzerns resistent und sollen den Maiszünsler und den Maiswurzelbohrer abwehren – zwei Insekten, die in NRW und weiten Teilen Deutschlands überhaupt nicht auftreten. Beobachtet wurde die Aktion über die gesamte Zeit hinweg von einer Mitarbeiterin der Firma Monsanto.

Nur eine Woche später lud das ‚Bündnis für den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft in NRW‘ zu einem Sonntagsspaziergang zum Genmais-Acker in Greven ein. Mit sechs Traktoren, zahlreichen Bannern

und Maiskolbenkostüm zogen fast 100 Bauern, Umweltschützer und kritische Verbraucher in einem friedlich-freundlichen Umzug zu dem Acker, auf dem das Saatgutunternehmen Limagrain den Gentech-Mais MON 810 anbaut – eine Maispflanze, die ebenfalls den nicht vorhandenen Maiszünsler abwehren soll. Nach engagierten Reden u.a. von BUND-Landeschef Klaus Brunsmeier sowie örtlichen Landwirten schlossen sich alle als Zeichen des gemeinsamen Widerstands zu einer Menschenkette entlang des Ackerrands zusammen.

Beide Aktionen fanden großes Interesse bei den Medien und waren für alle Beteiligten hoch motivierend. Noch vor Ort wurde daher entschieden: Der Protest geht weiter! Noch in diesem Sommer, erneut direkt am Acker, und in der politischen Auseinandersetzung mit dem Bauernverband und Minister Uhlenberg! (rb)

Weitere Infos:

Umfangreiche Informationen rund um Gentechnik in der Landwirtschaft, den NRW-Anbauflächen, Protestaktionen und das Gentechnik-Bündnis gibt es unter www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm



Foto: K. Brunsmeier

Jede/r kann mitmachen!

Aktivennetzwerk für gentechnikfreie Land(wirt)schaft

Alle BUNDler und BUNDlerinnen sind herzlich eingeladen, sich an den Aktionen zu beteiligen: Ob die Teilnahme an einem Sonntagsspaziergang, das Verteilen von Handzetteln, das Organisieren einer gemeinsamen Radtour zu einer Protest-Aktion, das Backen von Kuchen für den Infostand u.v.m.: Gemeinsam können wir vieles auf die Beine stellen!

Wer mehr über anstehende Aktionen erfahren möchte, Anregungen hierfür hat, etwas mithelfen kann, melde sich bitte bei Ralf Bilke, Agrarreferent des BUND NRW, Tel. 0211/302005-20, ralf.bilke@bund.net

15 Hektar täglich:

Flächenverbrauch bleibt größtes Artenschutzproblem

Mehr als 15 Hektar Freiraum geht täglich in Nordrhein-Westfalen verloren. Obwohl eine Trendwende nicht in Sicht ist, wird die prekäre Situation weiter verharmlost. Beliebtes (Schein-) Argument: Der Flächenverbrauch sei ja gar nicht so schlimm. Einfamilienhäuser mit Gärten hätten schließlich einen höheren ökologischen Wert als Ackerfläche, – so zum Beispiel der Leiter des Umweltamtes Düsseldorf. Und der niedersächsische Städte- und Gemeindenbund fordert mit der selben Begründung, dass Hausgärten als Ausgleichsflächen

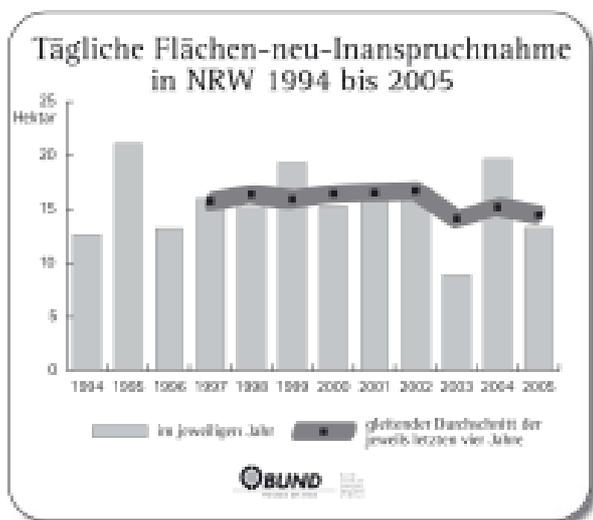
anerkannt werden sollten. Doch wie sieht es in der Realität aus?

Der im Vergleich zu konventionell bewirtschafteter Ackerfläche höhere ökologische Wert der Hausgärten basiert auf ihrer größeren biologischen Vielfalt. Diese entsteht aus der kleinteiligen Struktur der Gärten und viel zu häufig aus exotischen Pflanzen. Diese bieten einheimischen Tieren aber kaum Lebensraum oder sind sogar gefährlich, etwa der Riesenbärenklau. Biologische Vielfalt ist nicht immer gut.

Wie sieht es mit der Tierwelt aus? Man kann doch im eigenen Garten so viele Vögel beobachten und manchmal ist auch ein Igel zu Gast! Aber: Diese Tiere sind Kulturfolger. Sie suchen menschliche Nähe aufgrund des besseren Nahrungsangebotes. Anders geht es den Kulturflüchtern, zu denen viele seltene Arten (Biber, Kranich, Auerhuhn, Rebhuhn, Fasane, Schwarzstorch, viele Greifvögel und Großwild) gehören. Sie brauchen Ruhe für ihre Nahrungssuche und die Aufzucht der Jungen. Ohne ungestörte Streifräume, in denen sie genügend Nahrung, Unterschlupf und Aufzuchtplätze finden, können sich diese Tiere nicht fortpflanzen. Diesen Arten nutzt ein Hausgarten – und sei er noch so ökologisch bewirtschaftet – nichts.

Darum bleibt der Flächenverbrauch noch vor der industriellen Landwirtschaft das größte Problem für den Artenschutz. Den Flächenverbrauch durch Eingriffsvermeidung aufzuhalten, ist das Gebot der Stunde.

Das BUND-Projekt „Zukunftsfähige Flächen-nutzung in NRW“ zeigt Positivbeispiele auf und bietet den örtlichen Umweltschützern seine Unterstützung für eine zukunftsorientierte Flächennutzung an. Aber auch der persönliche Lebensstil wirkt sich auf den möglichen Flächenneuverbrauch aus. Auf der Projekt-Homepage können Sie ihre persönliche Flächen-inanspruchnahme mittels eines Rechners bestimmen. Machen Sie den Test! (sg)



+++ Kommentar +++

Allianzen, Bündnisse und Dialoge

von **Klaus Brunsmeier**, BUND-Landesvorsitzender



Neue Formen vermeintlicher Zusammenarbeit haben mit dem Amtsantritt von Umweltminister Eckhard Uhlenberg in NRW begonnen. Mit dem *Bündnis für die Natur* am 25. April 2006, der *Allianz für die Fläche* am 9. Mai 2006 und dem *Dialog Wirtschaft und Umwelt* am 14. Juni 2006 standen gleich drei Großveranstaltungen an, die unter breiter Beteiligung vieler Verbände und Gruppierungen stattfanden.

Als erste Themen des *Bündnis für die Natur*, so Minister Uhlenberg, sollen eine Flexibilisierung der Eingriffsregelung und die Anwendung des europäischen Artenschutzrechtes im Interesse der Rechtssicherheit von Investitionsentscheidungen und in Hinblick auf die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung bearbeitet werden.

Bei der *Allianz für die Fläche* machte der Minister unmissverständlich deutlich, dass aus seiner Sicht eine nachhaltige Flächennutzung den Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen nicht entgegen stehen und die Land- und Forstwirtschaft nicht durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen belastet werden dürfen.

Wie die bessere Vertretung der industriepolitischen Interessen in Berlin und Brüssel, der Abbau der Umweltverwaltung, die „Entschlackung“ des Immissionsschutzes und freiwillige Vereinbarungen statt gesetzlicher Verordnungen den Schutz der Lebensgrundlagen verbessern sollen, blieb das Geheimnis von Umweltminister Uhlenberg, BDI, IHK's und den übrigen Wirtschaftsvertretern, denn der BUND wurde zum *Dialog Wirtschaft und Umwelt* vorsichtshalber erst gar nicht mehr eingeladen. Dem waren beim *Bündnis für die Natur* und der *Allianz für die Fläche* gravierende inhaltliche und verbale Auseinandersetzungen voran gegangen.

Damit wird deutlich: Diskutiert und verhandelt wird nur darüber, wie viel schlechter es für Natur und Umwelt in NRW in Zukunft werden soll. Der ökologische Rucksack für unsere Kinder und nachfolgenden Generationen wird also kräftig aufgefüllt: mit rasanterem Artensterben, fehlinvestierten Infrastrukturen und rückwärtsgewandter Industriepolitik.

Mehr Infos zum Freiraumschutz:
www.freiraumschutz-nrw.de, Stephan Günthner, 0211 / 302 005-28, stephan.guenthner@bund.net

Neu im BUND-Landesvorstand

Friedrich Ostendorff; 53 Jahre alt, verheiratet, 1 Tochter (18), von Beruf Bauer.

Ich bin aufgewachsen auf einem Bauernhof in Bergkamen im Kreis Unna. Nach landwirtschaftlicher Ausbildung und Auslandspraktikum (Japan) habe ich 1978 den elterlichen Hof übernommen und zusammen mit meiner Frau Ulrike 1982 auf biologischen Landbau umgestellt. Genauso lange kämpfen wir gemeinsam in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) für eine andere Agrarpolitik: gegen das „Wachsen oder Weichen“ der Höfe, gegen die Weltmarktorientierung der landwirtschaftlichen Produktion und für eine nachhaltige ländliche Entwicklung. Ich war Mitbegründer der Grünen im Kreis Unna, habe mich etliche Jahre in der Kommunalpolitik meiner Heimatstadt engagiert, und war 8 Jahre lang Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag Unna. Von 2002 bis 2005 war ich Bundestagsabgeordneter. Seit September 2005 bin ich wieder Bauer im Vollerwerb.



Foto: D. Jansen



Foto: BUNDjugend

wurden fündig: Das Braunkohlekraftwerk Weisweiler in direkter Nachbarschaft zu einem Windpark, besetzte Häuser im Kölner Barmer-Viertel neben gläsernen Messebauten oder das Neandertal zwischen touristischer Vermarktung und Naturschutz.

Das Interesse der Medien und der Bevölkerung an den beiden Läufern und dem Wettbewerb war groß. Auch viele BUNDlerInnen nahmen die beiden Wanderer herzlich auf und trugen dadurch sehr zum Gelingen des Projektes bei. Im Gegenzug hatten einige Ortsgruppen durch den Besuch von Nora und Marcel die Möglichkeit ihre eigenen Projekte in der lokalen Presse zu präsentieren.

Die Erlebnisse der beiden Wanderer können in ihrem online-Tagebuch unter www.kontraste-nrw.de/ lauf nachgelesen werden.

„Land der Kontraste – NRW“ ist ein Projekt der BUNDjugend NRW, das von der Nordrhein-West-



Lauf der Kontraste – 500 Kilometer zu Fuß durch NRW

Einsame Wälder und belebte Städte, alternative Hausgemeinschaften und Großfamilien, Autobahnen und Wanderwege, Sonnenschein und strömender Regen: Vom 14. Mai bis zum 01. Juni durchquerten Nora Anschütz (19) und Marcel Severith (20) Nordrhein-Westfalen zu Fuß. Hintergrund der Wanderung war der Gedanke, das neue Projekt „Land der Kontraste“ der BUNDjugend NRW möglichst vielen Menschen im ganzen Land nahe zu bringen. Mit viel Optimismus und großer Unterstützung der BUND Orts- und Kreisgruppen machten sich Nora und Marcel auf die Suche nach den umweltpolitischen, sozialen und landschaftlichen Kontrasten in NRW. Und sie

fälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung gefördert wird.

Kern des Projektes ist ein Kreativ-Wettbewerb in den Sparten Text, Film, Foto, Musik und Theater. Jugendliche zwischen 15- und 25 Jahren sind aufgefordert landschaftliche, umweltpolitische und soziale Kontraste offenzulegen. Der Gewinn: Neben vielen attraktiven Sachpreisen kommen die Gewinner groß raus! Zusätzlich werden die ausgezeichneten Beiträge in einem NRW-Führer veröffentlicht.

Milena Pendzich

Mehr Infos gibt es unter www.kontraste-nrw.de oder im BUNDjugend-Projektbüro in Soest, Tel.: 02921/33640.

IMPRESSUM: Das *NRW-Info* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **Vi.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Mitarbeit:** Ralf Bilke (rb), Stephan Günthner (sg), Silke Höfs (sh) ♦ **Auflage:** 15.700 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRW-Info* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2006 ♦ © BUND NRW August 2006

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)